

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0
Telefax: 8 86846 pnbh
Telefax: (0228) 9 1520-12

Inhalt

Norbert Gansel MdB macht deutlich, warum einer Liberalisierung des Waffenexports jede Zustimmung zu verweigern ist.

Seite 1

Hans-Eberhard Urbaniak MdB fordert die Bundesregierung nach der auch von den Kirchen geforderten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, zum Umdenken auf.

Seite 3

Christel Hanewinkel MdB spricht sich nach dem Attentat von Halle für den Verfassungsrang der Gleichstellung von Behinderten aus: Wir brauchen ein Signal gegen das Wegsehen.

Seite 4

Klaus Kübler MdB, Rudolf Binding MdB und Volker Neumann MdB verurteilen den Versuch aus Kreisen der CDU/CSU die Grundlagen für den legalen Waffenexport zu erweitern.

Seite 5

Eberhard Brecht MdB warnt vor der "ausschließlichen Option auf eine Erweiterung der NATO": Europa braucht ein gemeinsames System kollektiver Sicherheit.

Seite 5

49. Jahrgang / 9

13. Januar 1994

Klares Nein zur Liberalisierung des Waffenhandels Sieben Bemerkungen zur gegenwärtigen Rüstungsexportdebatte

Von Norbert Gansel MdB
Mitglied des SPD-Parteivorstands

1. Die Bundesregierung hat sich in der Fragestunde am 12. Januar 1994 festgelegt, daß sie "derzeit keine Änderung des Kriegswaffenkontrollgesetzes und des Außenwirtschaftsgesetzes beabsichtigt". Das reicht uns nicht aus. "Derzeit" bedeutet doch nichts anderes als daß sie sich für die Zukunft alles offenhalten will. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik braucht aber Verlässlichkeit.

Wir werden nur dann einen glaubwürdigen Beitrag zur weltweiten Abrüstung leisten, wenn endlich Schluß gemacht wird mit dem Rüstungsexport in Entwicklungsländer, Militärdiktaturen und Krisengebiete. Die SPD tritt deshalb für eine Grundgesetzergänzung ein, die den Rüstungsexport auf die Staaten begrenzt, mit denen wir in der NATO militärisch verbündet und in der Europäischen Union politisch verbunden sind.

2. Es gibt offenbar Bestrebungen in der Regierungskoalition, den Paragraphen 5 c der Außenwirtschaftsverordnung zu ändern, von dem der CSU-Sprecher Glos jetzt in einem Stern-Interview behauptet hat, er würde alle Waren, die auch nur theoretisch militärisch nutzbar sind, einem Genehmigungsverfahren unterwerfen. Ich warne eindringlich vor diesem leichtfertigen, falschen und verantwortungslosen Gerede.

Tatsächlich bezieht sich diese Vorschrift ausdrücklich und ausschließlich auf Waren und Unterlagen, die zwar auch zivil genutzt werden können, die aber im konkreten Fall mit Kenntnis des Exporteurs für eine militärische Verwendung bestimmt sind, - und auch nur dann, wenn sie in Länder (Länderliste H) exportiert werden sollen, die entweder im Spannungsbereich des Nahen Ostens liegen oder in Kriegsgebieten wie Jugoslawien, Somalia und Angola und auf Länder, die Atomwaffen entwickeln, wie der Iran, Nord-Korea und Argentinien.

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53048 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vervielfältiger Umgang
mit wertvollen Zeitschriften
Angebotspapier



Die Bundesregierung hat gerade diese Vorschrift in der Vergangenheit als Beweis dafür gefeiert, daß sie es mit der Bekämpfung des illegalen Waffenhandels ernst meint. Soll jetzt etwa der Gegenbeweis geliefert und das schmutzige Imhausen-Geschäft nachträglich legalisiert werden?

Nach dem alten Recht konnten zum Beispiel Anlagen für die Produktion von Giftgas dann in den Irak geliefert werden, wenn sie nicht eigens für die Giftgasproduktion konstruiert waren, sondern sich nur dafür eigneten, weil sie ursprünglich für die Herstellung einer chemischen Fabrik für landwirtschaftliche Pestizide gedacht waren. Darauf berufen sich in laufenden Strafverfahren noch heute einige Händler des Todes, deren Beteiligung an der Giftgasproduktion Saddam Husseins außer Zweifel steht.

Die CDU/CSU kann doch nicht so unverantwortlich sein, nach all den Erfahrungen des Golfkriegs zur alten Rechtslage zurückkehren und vor der Gefahr der nächsten Giftgasfabrik im Iran oder in Libyen die Augen schließen.

3. Die Bundesregierung hat immer wieder erklärt, sie wolle europäische Rüstungsexportkontrollen auf dem Niveau der geltenden deutschen Vorschriften. Wenn jetzt Sprecher der Regierungsparteien und ausgerechnet Kanzleramtsminister Bohl vor Abschluß der europäischen Verhandlungen erklären, dieses Niveau sei nicht erreichbar, dann ist politisch schon das niedrige Niveau der Täuschung der deutschen Öffentlichkeit erreicht. Wer so handelt, ist verhandlungsunfähig und will es auch wohl sein. Wer dabei hingebungsvoll dem Druck der Rüstungslobby erliegt und europäischen Regelungsbedarf als Entschuldigung benutzt, schadet nicht nur dem Frieden in der Welt, sondern auch der europäischen Einigung.

Wir verlangen von der Bundesregierung, die in der Vergangenheit schon ihr Veto eingelegt hat wenn es um Schweinefleischpreise ging, keiner Regelung ihre Zustimmung zu geben, die eine Liberalisierung des Waffenhandels bedeutet (Liberalisierung im Sinne von mehr Freiheit für die Händler des Todes - da müßte sich doch den letzten verbliebenen Liberalen der Magen umdrehen!)

4. Zum wiederholten Male erwecken die Regierungsparteien den Eindruck, bei der Kontrolle von Rüstungsexporten ginge es um die Verhinderung von Beschäftigung und nicht um die Verhinderung von Krieg in der Dritten Welt. Uns machen nicht nur 40.000 gefährdete Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie Sorge, sondern vier Millionen Arbeitslose in der deutschen Wirtschaft.

Die Rüstungsindustrie hat in den vergangenen Jahrzehnten hohe Gewinne gemacht. Jetzt muß sie sich im Rahmen der Ost-West-Abrüstung der Verantwortung für zivile Arbeitsplätze in ihren Unternehmen stellen. Ihr darf nicht erlaubt werden, in die Aufrüstung des Südens auszuweichen. Wir wollen eine deutsche Rüstungsindustrie in dem Umfang erhalten, wie sie für die Bundeswehr im Rahmen der NATO notwendig ist. Deshalb braucht die deutsche Rüstungsindustrie eine klare und verlässliche Vorgabe durch die Bundeswehrplanung, so daß Überkapazitäten nicht aus illusionären Gründen aufrecht erhalten werden können.

Die SPD tritt weiter dafür ein, daß in ausgewählten Regionen und Sektoren staatliche Hilfen im Rahmen eines Konversionsfonds zur Verfügung gestellt werden, so daß der Wirtschaft die durch die Abrüstung erforderliche Umstellung erleichtert wird und neue Arbeitsplätze im zivilen Bereich geschaffen werden können. Nur so kann der Konflikt zwischen Abrüstung und Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie gelöst werden.

5. Einen Konflikt zwischen Rüstungsexportkontrolle und Arbeitsplätzen gibt es nicht. Wir wollen eine effektive Kontrolle von militärischen Produkten, die den zivilen Export nicht hemmt, sondern ihn sichert, weil sie den Frieden sichert und den guten Ruf der deutschen Exportwirtschaft. Und nur dadurch werden die Arbeitsplätze bei uns gesichert!

6. Die Regierungsparteien betrieben diese Debatte auch unter der Überschrift "Normalisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik", die sie auch für ihre weitreichenden Verfassungsänderungen zum Aufgabenbereich der Bundeswehr ins Feld geführt haben.

Es wäre nicht normal, sondern es wäre verrückt, wenn die deutsche Rüstungsindustrie erst mit hohen Gewinnen Waffen in Krisengebiete der Dritten Welt liefern könnte, die dann deutsche Soldaten mit dem Blauhelm der UNO unter Lebensgefahr einsammeln müßten.

7. Wo Moral und wirtschaftliche Interessen miteinander im Widerstreit liegen, sind politische Entscheidungen oft schwierig. Aber das moralische Minimum verlangt, daß sich die Politik solche Entscheidungen schwermacht.

Die Regierungsparteien machen sich ihre Entscheidungen zu einfach. Die Entschuldigung, die anderen tun es ja auch, ist schon immer eine faule Ausrede gewesen. Tatsächlich ist bei der Rüstungsexportkontrolle das moralisch Richtige auch das ökonomisch Vernünftige. Wer das aber nicht einsehen will, dem soll gesagt sein: Im Zweifelsfalle haben die kurzfristigen Interessen der kleinen deutschen Rüstungsexportindustrie (nach Angaben der Bundesregierung weniger als 0,4 Prozent unserer Gesamtexporte) den Nachrang vor unserer großen Aufgabe, zum Frieden in der Welt beizutragen.

(-/13. Januar 1994/hgs/ks)

Na endlich, Herr Blüm

Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen: Denkt jetzt auch die Regierung um?

Von Hans-Eberhard Urbaniak MdB

Die von den Kirchen geforderte Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ist sehr zu begrüßen.

Die SPD hat diese Forderung schon seit Jahren erhoben, ohne die dazu erforderliche Mehrheit erhalten zu haben. Ein neuer Vorstoß aus dem Jahr 1992 soll nun dafür sorgen, daß das Ungleichgewicht der finanziellen Verfügungsmasse korrigiert wird. Die breite Streuung des Produktivkapitals ist eine wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaftsordnung. Eine neue Qualität hat dieser Grundsatz durch die Wiedervereinigung erhalten. Durch die wirtschaftliche Umgestaltung in den neuen Ländern ist es zu erheblichen Vermögensumschichtungen gekommen, von denen die Erwerbstätigen bisher kaum profitieren konnten. Diese Entwicklung haben die Kirchen ebenso wie die SPD auch schon früher moniert, ohne damit bei der Bundesregierung auf Gehör zu stoßen. Da mutet es schon erstaunlich an, wenn der Bundesarbeitsminister den Vorstoß der Kirchen als wegweisenden Beitrag bezeichnet und die Tatsache, aus Mitarbeitern Miteigentümer zu machen, als Urgestein der katholischen Sozi

allehre und der evangelischen Sozialethik bezeichnet. Hierbei kann es sich wohl nur um die Privatmeinung des Bundesarbeitsministers gehandelt haben, denn die jahrelange starre Haltung der Bundesregierung in dieser Frage spricht eine andere Sprache.

Es bleibt zu hoffen, daß jetzt, wo die Bundesregierung erneut von den Kirchen aufgefordert wurde im Sinne der Arbeitnehmer tätig zu werden, ein Umdenken stattfindet und der von der SPD eingebrachte Antrag zu diesem Thema eine breite Mehrheit finden wird.

(-/13. Januar 1994/hgks)

**Wir brauchen ein Signal gegen das Wegsehen
Gleichstellung von Behinderten muß in die Verfassung**

Von Christel Hanewinkel MdB (Halle)

Am helllichten Tage, zwischen Wohnhäusern, Schule und Ambulatorium wird die jugendliche Rollstuhlfahrerin Eike J. Opfer von gewalttätigen Skinheads.

Entsetzen in allen Bevölkerungskreisen Halles, schnelles und vorbildliches Arbeiten der halle-schen Polizei. Eike J. steht unter Polizeischutz, inzwischen läuft die Fahndung bundesweit.

Die Schülerinnen und Schüler von Eikes Gymnasium und auch die Studentinnen und Studenten der Martin-Luther-Universität und des Instituts für Rehabilitationspädagogik rufen zu einer Demonstration 'gegen zunehmende Gewalt und gegen das Wegsehen' auf.

Ich unterstütze den Demonstrationsaufruf und hoffe, daß ihn viele Hallenserinnen und Hallenser folgen werden. Der allgemeine Behindertenverband Sachsen-Anhalts berichtet von zunehmender Verunsicherung und Angst der Behinderten, denn gewalttätige Übergriffe von 'rachten' Jugendlichen sind keine Einzelfälle mehr. Er fordert die Einsetzung von Behindertenbeauftragten. Als Politikerin unterstreiche ich die Forderung des Allgemeinen Behindertenverbands. Ich fordere aber auch die Kolleginnen und Kollegen der CDU, CSU und FDP in Bund und Ländern auf, endlich bereit zu sein, Artikel 3 unserer Verfassung zu erweitern und damit der Gleichstellung von Behinderten Verfassungsrang zu gewähren.

Ich fordere sie auf, mit der diffamierenden Mißbrauchsdebatte gegen Sozialhilfeempfänger, Obdachlose, Arbeitslose und Asylbewerber aufzuhören, die das Klima in diesem Land zwischen den gesellschaftlichen Schichten und Gruppen verändert, Ausgrenzung fördert und anders Aussehende, anders Lebende und anders Denkende zu Opfer macht.

Eine veränderte Sozial-, Familien- und Jugendpolitik wäre ein Signal gegen die Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen und ein Signal 'gegen zunehmende Gewalt und gegen das Wegsehen'.

(-/13. Januar 1994/hgs/ks)

**Politisch falsch, moralisch unverantwortlich
Menschenrechtler gegen jede Erweiterung der Waffenexporte**

Von Dr. Klaus Kübler MdB, Rudolf Blindig MdB und Volker Neumann MdB

Wir sprechen uns gegen jeden Versuch aus Kreisen der CDU/CSU aus, die Grundlagen für den legalen Waffenexport zu erweitern.

Es ist politisch falsch und moralisch unverantwortlich, in Länder ohne demokratische Verfassung Waffenlieferungen zu erleichtern oder gar Waffen zu liefern. Damit würde sich die Bundesrepublik Deutschland indirekt an den Menschenrechts-Verletzungen mitschuldig machen. In Länder, in denen es massive und zahllose Menschenrechts-Verletzungen gibt, dürfen überhaupt keine Waffen geliefert werden. Waffen verhindern keinen Krieg oder Bürgerkrieg, Waffen machen Krieg. Deshalb sagen wir zu einer Erweiterung der Waffenlieferungen Nein!

Eine Erweiterung der Rüstungsexporte richtet sich auch gegen Verfahrensgrundsätze der Entwicklungspolitik, wonach Entwicklungshilfe daran geknüpft werden soll, in welchem Umfang Empfängerländer Rüstungsgüter kaufen. Wenn mehr Waffen in die Dritte Welt verkauft werden, unterläuft dies die entwicklungspolitischen Ziele der Armutsbekämpfung und der Entwicklungsförderung.

Die Erfahrung zeigt, daß einmal gelieferte Waffen auch eingesetzt werden. Dieses Risiko hat sich seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes noch erhöht. Es ist nicht nur menschenrechtlich unverantwortlich, sondern es rechnet sich auch wirtschaftlich nicht, die legalen Rüstungsexporte zu erweitern, da im Kriegsfall von der Bundesrepublik Deutschland Mittel der humanitären Hilfe erwartet werden.

Das Argument der Arbeitsplätze kann in dieser Diskussion ebensowenig greifen wie das Argument "wenn wir es nicht machen, machen es andere". Auch in der Wirtschaft muß es ein Minimum von Moral in der Legitimation von Arbeitsplätzen geben. Die rüstungspolitischen Grundsätze der Bundesregierung vom 28. April 1982 sagen richtigerweise ausdrücklich aus, daß das Arbeitsplatzargument nicht ausschlaggebend sein darf. Hier ist auch die Industrie gefordert, Arbeitsplätze durch Umstellung auf zivile Güter zu erhalten.

(-/13. Januar 1994/hgs/ks)

**NATO-Erweiterung ist kein Allheilmittel
Europa braucht ein gemeinsames System kollektiver Sicherheit**

Von Eberhard Brecht MdB

Mit seiner Entscheidung für eine "Partnerschaft für den Frieden" hat sich das Bündnis einerseits nicht selbst übernommen und hat andererseits den mittel- und osteuropäischen Staaten den Weg nach Brüssel geebnet ohne gleichzeitig Moskau zu brüskieren.

Und wir Deutschen können zufrieden sein, denn es liegt in unserem Interesse, nicht auf Dauer das östlichste Land des Westens zu bleiben. Unsere eigene Sicherheit ist auch abhängig von der Sicherheit unserer unmittelbaren Nachbarn im Osten.

Im Vorfeld des NATO-Gipfels haben eine Reihe ost- und südosteuropäischer Staaten die Forderung nach einer raschen Aufnahme in die Allianz erhoben. Der polnische Präsident verlangte einen verbindlichen Zeitplan für die Aufnahme. Und Litauen stellte sogar einen formellen Aufnahmeantrag.

Der Hintergrund dieser Bemühungen sind wachsende Sorgen der mittel- und osteuropäischen (MOE-)Länder über die Zunahme von Nationalismus mit imperialen Ansprüchen im ehemaligen kommunistischen Machtimperium und die damit verbundene Gefahr weiterer Sarajewo's und Tuzla's. Insbesondere fühlen sich die MOE-Staaten durch die Entwicklung in Rußland bedroht. Nationalistische und antiwestliche Töne werden lauter, die Regierungskrise des vergangenen Jahres machte eine beunruhigende Labilität des Landes deutlich. Und der Wahlerfolg und die Parolen eines potternden extremistischen Maulhelden namens Schirinowski tun ein Übriges.

Die damit verbundenen Sorgen der beitragswilligen Staaten sind auch unsere Sorgen. Niemand bestreitet ein legitimes Sicherheitsinteresse der MOE-Staaten angesichts eines instabilen und nuklear hochgerüsteten Rußlands. Die Frage ist allerdings, ob eine rasche Osterweiterung der NATO die derzeit richtige Antwort ist. Ich glaube es nicht. Würde die alte NATO jetzt einfach weiter nach Osten - etwa an die Ostgrenze Polens - verschoben, würden die Fronten des Kalten Krieges nur verändert und die anachronistische Teilung Europas in zwei Blöcke festgeschrieben. Diese wäre die unvermeidliche Konsequenz einer Sofortaufnahme einiger oder aller MOE-Staaten in die NATO, eine Konsequenz, die weder von ihnen selbst noch von den Bündnispartnern gewünscht wird.

Es gibt weitere gewichtige Argumente, die eine erst später vollzogene NATO-Vollmitgliedschaft der MOE-Staaten sinnvoll erscheinen lassen:

1. Ich teile die Auffassung von NATO-Generalsekretär Wörner, der jene Paniktöne zurückweist, die unseren östlichen Nachbarn eine Katastrophe prognostizieren, falls man ihnen nicht sofort eine Sicherheitsgarantie gibt. Mir ist keine Bedrohungsanalyse bekannt, die eine sofortige Sicherheitsgarantie für notwendig hält. Damit ist der immer wieder postulierte Zeitdruck zu relativieren.

Gerade die Situation in Rußland wird häufig überzeichnet. Es gibt ja dort nicht nur bedenklich stimmende Entwicklungen. Man muß sich doch auch in Erinnerung rufen, in welchem Maß sich Rußland in den letzten Jahren verändert hat. Kein Land baut aufgrund völkerrechtlicher Verträge mehr konventionelle Waffen, mehr Panzer, Kampfflugzeuge und -hubschrauber, Artilleriesysteme und andere gepanzerte Fahrzeuge ab als Rußland. Der KSE-Vertrag aus dem Jahre 1991 verpflichtet Rußland nicht nur zur Abrüstung, sondern auch zur Öffnung seiner Kasernen, seiner Truppenübungsplätze und seines Himmels (open skies). Die Staaten des Westens sind so über militärische Bewegungen im Land besser informiert als je zuvor. Aufgrund dieser Verträge hat Rußland die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen verloren. Daher sind die Streitkräfte des heutigen Rußlands nicht mehr mit dem Drohpotential der alten Sowjetunion vergleichbar.

Auch in politischer Hinsicht hat die von Moskau ausgehende Bedrohung im Vergleich zu früheren Zeiten merklich abgenommen. Wo früher der Export des Kommunismus und die Weltrevolution zu den Zielsetzungen der sowjetischen Herrschaft gehörte, strebt die gegenwärtige russische Regierung Demokratie und Marktwirtschaft an. Eine neue demokratische Verfassung wurde beschlossen und nach den ersten freien und demokratischen Wahlen ist der Anteil der nichtdemokratischen Kräfte im Parlament im Vergleich zum Kongreß der Volksdeputierten deutlich gesunken. Niemand kann ausschließen, daß die Demokratie in diesem Land scheitert. Diese Skepsis ist aber auch angebracht im Fall anderer Staaten des früheren kommunistischen Einflußbereichs. Solange berechnete Chancen bestehen, daß sich der demokratische Prozeß in Rußland weiterentwickelt, solange sollten wir keinen neuen Feind an die Wand pinseln.

2. Für die innenpolitische Wirkung einer Osterweiterung der NATO in Rußland gibt es zwei Hypothesen. Manche glauben, daß ein lockerer Gürtel von NATO-Staaten um Rußland herum einen Abschreckungseffekt auf russische Nationalisten zeigen würde. Ich selbst aber befürchte, daß jedes Gefühl der Isolierung oder gar Bedrohung den russischen Nationalismus vereinen und stärken und gleichzeitig die Position der Demokraten schwächen würde. Damit würde sich die ursprüngliche Absicht - nämlich eine Verbesserung der Sicherheitssituation der Beitrittskandidaten - gerade in ihr Gegenteil verkehren.

Die NATO-Staaten haben heute mehr Möglichkeiten als früher, den künftigen Kurs Rußlands mitzuprägen und dazu beizutragen, daß sicherheitspolitische Probleme mit seinen Nachbarstaaten auf kooperative Weise gelöst werden. Der abschlußreife Vertrag über die Vernichtung des Kernwaffenpotentials der Ukraine zwischen diesem Land, Rußland und den USA verdeutlicht dies.

3. Es scheint derzeit keine Bereitschaft der Bündnispartner zu geben, für die Sicherheit der Staaten des früheren kommunistischen Imperiums zu garantieren.

4. Unabhängig vom Willen der Bündnispartner habe ich ernste Zweifel daran, daß die NATO kurzfristig in die Lage zu versetzen ist, im Ernstfall die MOE- oder die baltischen Staaten zu verteidigen. Was ist eine Sicherheitsgarantie wert, die nicht einzuklagen ist? Überhaupt beunruhigen mich viele wohlgemeinte, aber kaum einlösbare Zusagen für Osteuropa und die GUS-Staaten. Als Ostdeutscher weiß ich, welche psychologischen Auswirkungen die kritiklose Bestätigung eigener Wunschvorstellungen haben können.

5. Der durch eine schnelle NATO-Integration entstehende Zeitdruck bei der Umrüstung der osteuropäischen Armeen auf NATO-Standards würde die ohnehin fragile Wirtschaft der Transformationsländer stark belasten.

Der Brüsseler Gipfel verzichtete auf die Unterscheidung, welches postkommunistische Land man integrieren und mit welchem man nur kooperieren will. Und man vermied die Benennung eines Zeithorizonts für die NATO-Erweiterung, für die sich im Prinzip alle NATO-Partner grundsätzlich ausgesprochen haben.

Überhaupt gewinnt man den Eindruck, daß viele Fragen nicht nur nicht beantwortet, sondern noch gar nicht gestellt wurden. Wie wird jener Zeitpunkt abgepaßt, an dem eine Ost-Erweiterung der NATO opportun ist? Welches sind die Kriterien, nach denen die Beitrittskandidaten auf ihre Bündnisfähigkeit geprüft werden? Wie soll verhindert werden, daß nach Aufnahme einiger MOE-Staaten die Einflußsphärenpolitik von Jalta eine Renaissance erfährt und sich die NATO zum Bollwerk gegen Rußland und umgekehrt versteht? Wie wird den Sicherheitsinteressen jener postkommunistischer Staaten Rechnung getragen, die der NATO nicht beitreten können oder wollen?

Es gibt wohl derzeit niemanden, der ein überzeugendes Modell europäischer Sicherheit in der Tasche trägt, daß diese und ähnliche Fragen befriedigend beantwortet.

Zur Hausaufgabe der NATO-Partner und der künftigen Unterzeichner von 'partnership for peace' gehört nicht nur die Umsetzung der geplanten weitreichenden Zusammenarbeit, sondern auch die Entwicklung von Vorstellungen über die Weiterentwicklung dieser Kooperation.

Dabei muß man realistischerweise davon ausgehen, daß es in Europa auch künftig, also nach Aufnahme der ersten postkommunistischen Staaten in die NATO, Regionen unterschiedlicher Sicherheit geben wird. Diese unvermeidbare Heterogenität darf jedoch nicht zur Labilität führen. Ich warne daher vor einer isolierten NATO-Erweiterung. Eine NATO-Ausdehnung nach Osten wird nur dann zu mehr Sicherheit führen, wenn parallel dazu eine gesamteuropäische Sicherheitspartnerschaft aufgebaut wird. Europa braucht ein gemeinsames System kollektiver Sicherheit, das binnengerichtet ist, und das kompatibel zur NATO ist, also einem vorrangig gegen äußere Aggression gerichteten Bündnis kollektiver Verteidigung. Ein dauerhafter Frieden wird nur über einen Interessenausgleich und kollektive Sicherheit statt einseitig kollektiver Verteidigung möglich. Die stiefmütterlich behandelte KSZE bedarf einer Revitalisierungskur, mehr Kompetenz und Verbindlichkeit bei der Streitschlichtung, weniger Tagungen und wohlthönende Resolutionen, dafür mehr Konfliktprävention und Konfliktbegrenzung. Und schließlich ist zu definieren, in welcher Form KSZE und NATO miteinander kooperieren. Ich plädiere dafür, 'partnership for peace', die NATO selbst und die KSZE als Bausteine für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem zu verwenden und nicht ausschließlich auf die Option NATO-Erweiterung zu setzen.

(-/13. Januar 1994/hgs/ks)

Rede vor dem Deutschen Bundestag (13. Januar 1994)
